

Zu den Früchten einer
Kultur der Anerkennung
zwischen Deutschland
und seinen Migranten

Partizipation – Gleichbehandlung – Inklusion

Ali Ertan Toprak

Partizipation – Gleichbehandlung – Inklusion, mit diesem Dreiklang stellt sich die Alevitische Gemeinde Deutschland den Herausforderungen eines grundlegenden und weitreichenden Wandels hin zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland, der auf absehbare Zeit uns alle bewegen wird.

Denn Inklusion ist nicht nur Ausdruck einer Vision von einer Gesellschaft, die es in Anerkennung der Gleichheit und Verschiedenheit der Menschen erst gar nicht zu Ausgrenzung kommen lässt, sondern ein Menschenrecht, das selbstverständlich für alle gilt. Im Unterschied zu „Integration“ will „Inklusion“ die Überwindung und Veränderung bestehender Strukturen und Auffassungen dahingehend, dass die Heterogenität der Menschen zur Normalität wird. Sie fordert das Einbeziehen aller Menschen, unabhängig von ihrer tatsächlichen und/oder angenommenen ethnischen Herkunft, Religion, Behinderung, Alter, sexuellen Identität et cetera als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft und eben nicht nur das Einbezogen-Werden als „neues“ Mitglied in die Gesellschaft.

Zu Recht werden in der öffentlichen Debatte Fehlleistungen und falsche Prioritätensetzung der politisch Verantwortlichen aller Regierungen beklagt. Zu Recht müssen in der gegenwärtigen Migrations- und Integrationspolitik Illusionen aufgebrochen werden. Niemand bestreitet diese Tatsache mehr. Nur geht es in dieser Debatte weniger um Milde oder Härte als vielmehr darum, diese gründ-

lich, präzise und mit aller Klarheit zu führen.

Entscheidend ist, dass wir alle ein aufrichtiges Interesse daran haben, uns als eine Gesellschaft zu begreifen. Dabei spielt – ganz im Sinne des vielfach zitierten Böckenförde-Diktums „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ – die politische Kultur eine essenzielle Rolle. Wahlkampfauftritte demokratischer Parteien, bei denen soziale und gesellschaftspolitische Problemfelder, die die Gesamtgesellschaft als Ganzes betreffen, ethnisiert werden, schaden ebenso wie die Auftritte des Ministerpräsidenten der Republik Türkei in Köln und jüngst in Düsseldorf. Beides verhindert, dass Migrantinnen und Migranten ihre „Antennen“ nach Berlin und in die Landeshauptstädte ausrichten. Doch genau das müssen sie tun, um diese eine Gesellschaft zu begründen, innerhalb derer wir alle leben wollen.

Willkommens- und Anerkennungskultur

Für Deutschland ergibt sich aus verschiedenen internationalen und europarechtlichen Abkommen die Verpflichtung, eine Politik zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung und zur Verwirklichung gleichberechtigter Teilhabe aller zu verfolgen. Ein erster, dennoch wesentlicher Schritt zur Realisierung dieser Politik ist die Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur.

Deutschland ist nicht nur ein Einwanderungsland, sondern auch geprägt von einer großen Vielfalt – eine nicht wegdisputierbare Realität und Normalität. Wir alle (er)leben Diversität in unserem persönlichen und beruflichen Alltag schon lange. Jetzt müssen wir beginnen, die Dimensionen dieser Heterogenität zusammenzudenken und auch politisch und gesellschaftlich zu nutzen. Dazu leistet eine Willkommens- und Anerkennungskultur einen wichtigen Beitrag und gelingt nur, wenn sich Migrantinnen und Migranten mit Deutschland identifizieren. Identifikation wiederum gelingt nur durch Chancengleichheit, Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft.

Doch diese Haltung kann weniger politisch oder rechtlich verordnet, sie muss vielmehr vorgelebt und gefördert werden. Sie ist eine Querschnittsstrategie, die den Blick auf die Gesamtgesellschaft richtet, gesellschaftliche Machtstrukturen analysiert und die damit verbundenen Privilegien sowie die ungleiche Verteilung und Zuweisung von Ressourcen thematisiert. In gleicher Weise rückt diese Haltung den Menschen in den Mittelpunkt; signalisiert und praktiziert damit eine klare Verschiebung weg von der zugeschriebenen Gruppenmitgliedschaft und/oder kollektiven Mentalität einer Person („Türke“, „Kurde“, „Araber“, „Moslem“ et cetera). Sie lässt nicht zu, dass sowohl neu Ankommende als auch bereits hier Lebende entindividualisiert werden, sondern begreift sie mit ihren Potenzialen als wichtige Ressource für unsere gemeinsame gesellschaftliche Entwicklung.

Aus der Sicht eines Migranten

Erst jüngst sorgte Sarrazin mit seinen Theorien von Abstammung und Vererbung, die unbestritten jenseits des menschenrechtlich Zulässigen und des unveränderlichen Kerns des Grundgesetzes lie-

gen, für Aufregung, aber nicht für kluge Debatten.

*„Wenn ich mich zu meinem (Gast-)Land
bekenne,
wenn ich es als das meine betrachte,
wenn ich der Ansicht bin, dass es fortan ein
Teil von mir ist wie ich ein Teil von ihm,
und wenn ich mich entsprechend verhalte,
dann habe ich das Recht,
jeden seiner Aspekte zu kritisieren;*

umgekehrt,

*wenn dieses Land mich respektiert,
wenn es meinen Beitrag anerkennt,
wenn es mich in meiner Eigenart fortan
als Teil von sich betrachtet,*

*dann hat es das Recht, bestimmte Aspekte
meiner Kultur abzulehnen, die mit seiner
Lebensweise oder dem Geist seiner
Institutionen unvereinbar sein könnten.“*

Mit diesen Worten (entnommen aus der Regierungserklärung des damaligen Bundesministers des Inneren, Wolfgang Schäuble, zur Deutschen Islam-Konferenz vor dem Deutschen Bundestag am 28. September 2006 in Berlin, <http://www.deutsche-islam-konferenz.de>) umschreibt der in Frankreich lebende libanesischstämmige Schriftsteller Amin Maalouf „die Integration“ aus der Sicht eines Migranten. Sie zeigt, dass ein Bekenntnis zu einem Land, dass die Identifizierung mit seinen Werten und Konventionen – einschließlich konstruktiver Kritik an jenen – ebenso Bestandteile einer Willkommens- und Anerkennungskultur sind.

Nur durch die Sensibilisierung füreinander, nur durch Streiten für gemeinsame Werte, nur durch ein gemeinsames Wirken ist eine inklusive Gesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes möglich. Diese kann jedoch nicht vonstatten gehen, ohne eigene

Der Lehrer Mete Özcan unterrichtet an der Brüder-Grimm-Schule in Hanau Grundschüler verschiedener Klassen im alevitischen Religionsunterricht (Foto vom 7. Juli 2010).

© picture-alliance/dpa, Foto: Jörn Perske



Normen und Wertvorstellungen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Zugleich bedarf es eines Umfeldes, das willens ist, Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben zu lassen.

Die Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur bestimmen viele Faktoren. Weder der Staat selbst noch pragmatische Ansätze und Maßnahmen allein können dies nachhaltig begünstigen. Den Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenverbänden und Migrantenselbstorganisationen kommt bei der Um- und Durchsetzung einer Willkommens- und Anerkennungskultur eine entscheidende Bedeutung zu.

Ressentiments im Kampf um Anerkennung

In den vergangenen Jahren ist es den Verbänden der Migranten-Communitys

nicht gelungen, fernab von gegenseitigen Schuldzuweisungen die Sorgen, Ängste und Hoffnungen aller Mitglieder dieser Gesellschaft – wenn man so will „auf beiden Seiten“ – ernst zu nehmen. Im Gegenteil: Im Kampf um Anerkennung, Respekt, Wertschätzung und Partizipation in der Mehrheitsgesellschaft unterliegen sie auch heute noch den Verlockungen, selbst Ressentiments zugunsten ihrer eigenen Anerkennungskämpfe zu mobilisieren und zu instrumentalisieren. Mit fatalen Folgen.

Der legitime Anspruch der Migrantenverbände und Migrantenselbstorganisationen auf gesellschaftliche Anerkennung und Inklusion läuft unter diesen Bedingungen Gefahr, nicht auf gleicher Augenhöhe vonstatten zu gehen. In letzter Konsequenz entziehen sie sich selbst die Berechtigung, Forderungen zu erheben und an diesem Prozess aktiv teilzuhaben, der

auch die Teilhabe an der Gestaltungsmacht bedeutet.

Wir brauchen die Community-Verbände in der Debatte um Integration und Zuwanderung und in der Umsetzung von Erfolg versprechenden Ansätzen als Brückenbauer. Ohne ihre jeweiligen Anerkennungsanliegen zu vernachlässigen, müssen sie über den eigenen Tellerrand hinaus ihren Blick auch auf die Gesamtgesellschaft richten. Denn es steht mehr auf dem Spiel als die Auseinandersetzung zwischen Etablierten und Außenseitern, zwischen Gewinnern und Verlierern.

Opferrolle und Rassismusverdacht

Die Migranten-Communitys sollten und können ihren Mitgliedern, die sie vertreten, mehr zumuten als bislang geschehen. Oftmals wird auf deren Rücken und Kosten bereitwillig und vorschnell die Opferrolle eingenommen und Kritik jedweder Couleur pauschal unter Rassismusverdacht gestellt.

Beide Seiten müssen lernen, Vielfalt und Widersprüche auszuhalten und mit Differenz umzugehen. Solange Migrantenverbände ihre Existenzberechtigung einzig und allein aus der undifferenzierten Ethnisierung sozialer Problemlagen ziehen, werden sie weder den drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen noch der wahrhaften Alltäglichkeit und Normalität von Rassismus und Diskriminierung gerecht.

Ende Oktober dieses Jahres feiern wir ein historisch bedeutendes Jubiläum: den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei.

Ort der Freiheit

Wie wir alle wissen, sind die Gründe der Zuwanderung vielschichtig und keineswegs nur wirtschaftlicher Natur. Viele Menschen verließen ihre alte Heimat in der Türkei aufgrund von staatlicher Willkür, Verfolgung und Folter. Eine von

internationalen Menschenrechtsorganisationen wie auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gleichermaßen verurteilte Staatspolitik gegenüber religiösen und ethnischen Gemeinschaften, Verletzung der Presse- und Versammlungsfreiheit und Diskriminierung haben zusätzlich die Flucht aus der Heimat verstärkt. Für diese Gemeinschaften ist Deutschland weniger ein Ort der ökonomischen Unabhängigkeit als vielmehr ein Ort der Freiheit.

In der bundesrepublikanischen Gesellschaft gibt es einen Konsens darüber, dass die absolute Unantastbarkeit des Menschenlebens, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion, die gegenseitige Anerkennung der Religionsgemeinschaften oder Meinungs- und Glaubensfreiheit unveränderbar und zu verteidigen sind. Willkommens- und Anerkennungskultur bedeutet daher auch, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung der zentralen Wertekonsens ist, an dem diese Haltung auf beiden Seiten ausgerichtet und mit Leben erfüllt sein muss.

Alevitische Gemeinde in Deutschland

Die Geschichte der Alevitischen Gemeinde Deutschland ist nicht nur eine Geschichte alevitischer Migrantinnen und Migranten aus der Türkei; die Geschichte der Alevitischen Gemeinde Deutschland ist in wesentlichen Zügen auch eine deutsche Geschichte. Sie hat in der Diaspora ein gemeinsames Experiment gestartet:

Mit circa 500 000 bis 800 000 Gläubigen bilden Alevitinnen und Aleviten die drittgrößte Religionsgemeinschaft nach Christen und Muslimen in Deutschland. Es dauerte zwanzig bis dreißig Jahre, bis sich alevitische Migrantinnen und Migranten selbst organisierten. Heute sind sie in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und auch in der Politik fest etabliert.

Die Alevitische Gemeinde Deutschland ist die einzige Dachorganisation der in Deutschland lebenden Alevitinnen und Aleviten und vertritt inzwischen bundesweit 130 Ortsgemeinden mit insgesamt 100 000 Familienmitgliedschaften.

In Deutschland hat unser Bundesverband die erste alevitische Religionsgemeinschaft im rechtlichen Sinne etabliert.

Im Unterschied zu vielen anderen Organisationen ist die Alevitische Gemeinde Deutschland ein deutsches Phänomen – sie hat einen Verband gegründet, der keine Vorläuferstrukturen in der Türkei hatte. Im Gegenteil: Sie hat die Selbstorganisation der Alevitinnen und Aleviten in der Türkei von Deutschland aus aktiviert und erfolgreich gesteuert.

Zu den wichtigsten Errungenschaften der Alevitischen Gemeinde Deutschland gehören die Renaissance des alevitischen Glaubens und der alevitischen Lehre in Deutschland sowie die Einführung des alevitischen Religionsunterrichts in mittlerweile acht Bundesländern.

Mit großem Erfolg wird der alevitische Religionsunterricht – der für uns einen Meilenstein in der alevitischen Geschichte darstellt – in ganz Deutschland weiter ausgedehnt. Mit jedem Tag erhöht sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die am alevitischen Religionsunterricht teilnehmen, und die der Schulen, die diesen Unterricht anbieten. Unsere Verbandsarbeit beschränkt sich nicht mehr nur auf unsere Mitglieder, sondern richtet sich an jeden Einzelnen. Wir reden mit – in allen gesellschaftlichen und politischen Feldern, die nicht nur uns Aleviten betreffen.

Die Etablierung der alevitischen Glaubenslehre in Lehre und Forschung an deutschen Universitäten sowie die Anerkennung der Alevitischen Gemeinde Deutschland als Körperschaft des öffent-

lichen Rechts sind die bedeutendsten Ziele auf der politischen Agenda unseres Verbandes.

Eine eindrucksvolle deutsche Geschichte, die aufzeigt, dass in einer Gesellschaft Frieden, Respekt, gegenseitiges Verständnis und Solidarität auf der Grundlage einer gemeinsamen Wertordnung möglich sind, wenn dem Gegenüber Vertrauen, Akzeptanz und das aufrichtige Angebot der Partizipation zur aktiven Gestaltung der Gesamtgesellschaft entgegengebracht werden. Ein Handeln, das sein Selbstverständnis in dem Ausdruck „Willkommens- und Anerkennungskultur“ findet.

Diese Möglichkeit hat uns Deutschland gegeben, und wir haben dies gern genutzt, um unseren Beitrag für ein gemeinsames Miteinander zu leisten.

Gemeinsam für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie

Im einundzwanzigsten Jahrhundert angekommen, sollten wir gemeinsam für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie streiten und die Werte der Aufklärung und des Humanismus, dazu gehören auch die Erinnerung und das Bewusstsein für historische Ereignisse, verteidigen. Und zwar unabhängig von politischen Konstellationen und Mehrheiten, unabhängig von Diskursen, die nicht der gelebten Wirklichkeit entsprechen, unabhängig von gesellschaftlichen Moden und ökonomischen Rahmenbedingungen. Dies ist ein zugegebenermaßen hoher Anspruch, an dem wir uns als Akteure des Wandels dennoch messen lassen müssen. Dazu gehören natürlich auch das Scheitern und das Eingestehen eigener Fehlleistungen und falscher Prioritäten, solange wir das Wesentliche, die Verständigung darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, nicht aus den Augen verlieren.